

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Halbjahresbericht der Bundesregierung über die Tätigkeit des Europarats und der Westeuropäischen Union für die Zeit vom 1. Oktober 1984 bis 31. März 1985

**Halbjahresbericht der Bundesregierung über die Tätigkeit des Europarats
für die Zeit vom 1. Oktober 1984 bis zum 31. März 1985**

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Allgemeines	2
1. Ministerkomitee	2
2. Parlamentarische Versammlung	2
II. Politische Fragen	3
1. Malta	3
2. Türkei	3
3. Politischer Meinungs Austausch	3
4. Kontakte zu außereuropäischen Staaten	3
III. Aus der Tätigkeit des Europarats in seinen sonstigen Aufgabenberei- chen	3
1. Menschenrechtsfragen	3
2. Soziale Fragen und öffentliches Gesundheitswesen	3
3. Kultur, Erziehung und Sport	4
4. Medien	5
5. Jugendfragen	5
6. Raumordnung und Städtebau	5
7. Kommunale und regionale Fragen	5
8. Rechtsfragen	6

I. Allgemeines

1. Ministerkomitee

Die 75. Sitzung des Ministerkomitees fand am 21./22. November 1984 unter Vorsitz des französischen Europaministers Dumas statt. Die Minister traten am Abend des 21. November zu dem üblichen informellen Treffen zusammen. Gleichzeitig kamen die Politischen Direktoren der 21 Mitgliedstaaten zu ihrem ebenfalls traditionellen Meinungsaustausch am Rande der Sitzung des Ministerkomitees zusammen. Am Nachmittag des 21. November fand das jährliche Kolloquium des Ministerkomitees mit der Parlamentarischen Versammlung statt.

Die deutsche Delegation wurde am Vormittag des 22. November vom Bundesminister des Auswärtigen, Genscher, während der übrigen Zeit von Staatsminister Möllemann geleitet. Staatsminister Möllemann leitete als stellvertretender Vorsitzender zeitweilig in Vertretung des französischen Vorsitzenden das Ministerkomitee.

Im Mittelpunkt der Beratungen der Minister während des informellen Treffens und des Meinungsaustausches der Politischen Direktoren standen West-Ost-Fragen. Die Minister befaßten sich ferner u. a. mit Fragen der europäischen Zusammenarbeit und des Nord-Süd-Dialogs. Die Politischen Direktoren sprachen auch über Lateinamerika.

Im Mittelpunkt der ordentlichen Sitzung des Ministerkomitees stand die Debatte über die Rolle des Europarats im europäischen Einigungsprozeß und über die West-Ost-Beziehungen einschließlich des KSZE-Prozesses. Hierzu erläuterte Bundesminister Genscher die Haltung der Bundesregierung. Behandelt wurden außerdem Fragen des Nord-Süd-Dialogs, des Terrorismus, der Arbeitsmethoden des Europarats sowie die Ministerkonferenz über Menschenrechte in Wien im Frühjahr 1985.

Die Minister verabschiedeten eine Entschliebung, mit der sie ihren Willen zur Intensivierung des politischen Dialogs im Rahmen des Europarats bekräftigten.

Während des Kolloquiums des Ministerkomitees mit der Parlamentarischen Versammlung wurde — auf Vorschlag der Versammlung — eine Kommission hervorragender europäischer Persönlichkeiten unter Vorsitz des früheren italienischen Außenministers Colombo berufen. Der Kommission gehört als deutsches Mitglied Bundestagspräsident a. D. von Hassel an.

Der Vorsitz im Ministerkomitee ging mit Ablauf der 75. Sitzung auf die Bundesrepublik Deutschland über, den stellvertretenden Vorsitz übernahm Griechenland.

Zur sachlichen Einführung der deutschen Präsidentschaft im Ministerkomitee legte Staatsminister

Möllemann in Vertretung des Bundesministers des Auswärtigen am 3. Dezember 1984 vor den Ministerdelegierten die Absichten und Ziele der deutschen Präsidentschaft dar.

Der Vorsitzende des Ministerkomitees, der Bundesminister des Auswärtigen, Genscher, führte am 5. Dezember 1984 zu Beginn der deutschen Präsidentschaft einen Meinungsaustausch über die weitere Arbeit des Europarats mit dem Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung, Dr. Ahrens, und dem Generalsekretär Marcelino Oreja. Das Treffen diente dem Ziel einer Intensivierung der Zusammenarbeit von Ministerkomitee und Parlamentarischer Versammlung.

Auf Einladung des Vorsitzenden des Ministerkomitees, Bundesminister des Auswärtigen, Genscher, fand erstmals in der 35jährigen Geschichte des Europarats am 29. Januar 1985 eine Sondersitzung des Ministerkomitees in Straßburg statt, an der 16 Außenminister teilnahmen. Im Zeichen eines intensivierte politischen Dialogs im Rahmen des Europarats führten die Minister einen Meinungsaustausch über Fragen der West-Ost-Beziehungen einschließlich KSZE, Lateinamerika und des Nahen Ostens.

Das Komitee des Ministerbeauftragten hielt im Berichtszeitraum sieben Sitzungen ab (375. bis 382.).

2. Parlamentarische Versammlung *)

Die Parlamentarische Versammlung veranstaltete den zweiten Teil ihrer 36. ordentlichen Sitzung vom 26. September bis 4. Oktober 1984 und den dritten Teil vom 28. Januar bis 1. Februar 1985.

Als Vorsitzender des Ministerkomitees erstattete der französische Europaminister Dumas am 3. Oktober 1984 den turnusmäßigen Bericht des Ministerkomitees.

Zu Beginn der Herbstsitzung verabschiedete der Präsident der Parlamentarischen Versammlung, Dr. Ahrens, am 26. Oktober 1984 Generalsekretär Dr. Karasek. Der neue Generalsekretär Marcelino Oreja (Amtsübernahme am 1. Oktober 1984) stellte sich mit einer programmatischen Rede der Versammlung vor.

Zur Versammlung sprachen ferner der Präsident der Republik Irland, Hillery, der Generaldirektor der UNESCO, M'Bow, und der Präsident des Direktionsausschusses des Wiedereingliederungsfonds des Europarats für die nationalen Flüchtlinge und für Überbevölkerung, Claudius-Petit.

*) Anmerkung: Der erste Teil der 36. ordentlichen Sitzung fand vom 7. bis 11. Mai 1984 nicht, wie irrtümlich in Drucksache 10/2093 S. 2 berichtet, in Lissabon, sondern in Straßburg statt.

Die Parlamentarische Versammlung beriet während der Herbstsitzung u. a. über Fragen der Allgemeinen Politik des Europarats und die Zukunft der europäischen Zusammenarbeit, über landwirtschaftliche Aspekte der Süderweiterung und über Wirtschaftsbeziehungen zwischen Europa und Lateinamerika, über die Konferenz über die Rolle Europas im Nord-Süd-Verhältnis, über Fragen der europäischen wissenschaftlichen Zusammenarbeit, Drogenfragen, illegale Wanderbewegungen, die Lage der Minderheiten in Rumänien und Fragen der Zusammenarbeit in Kultur und Sport. Sie verabschiedete Empfehlungen und Entschlüsse.

Während des dritten Teils der 36. Sitzungsperiode der Versammlung erstattete der Bundesminister des Auswärtigen, Genscher, als Vorsitzender des Ministerkomitees am 30. Januar 1985 den turnusmäßigen Bericht des Ministerkomitees.

Zur Versammlung sprachen ferner die niederländische Verkehrsministerin Smit-Kroes und der Generalsekretär der OECD, Jean-Claude Paye.

An den Beratungen der Versammlung nahmen parlamentarische Delegationen aus Kanda, Finnland, Japan, Neuseeland und den Vereinigten Staaten von Amerika teil. Die Versammlung befaßte sich u. a. mit der Lage in Lateinamerika, den Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika, dem maltesischen Gesetz über Einmischungen von außen und die Lage der Menschenrechte in Malta, der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und die Menschenrechte, Maßnahmen zur Bekämpfung der Auswirkungen der Luftverunreinigung und das Europäische Jahr der Musik. Sie verabschiedete Empfehlungen und Entschlüsse.

Am 3. Februar 1985 fand erstmals seit 1982 eine gemeinsame Sitzung der Präsidien der Parlamentarischen Versammlung und des Europäischen Parlaments statt, bei der Fragen der praktischen Zusammenarbeit der beiden parlamentarischen Institutionen erörtert wurden.

II. Politische Fragen

1. Malta

Die Ministerbeauftragten befaßten sich wiederholt mit dem Verhältnis Malτας zum Europarat.

2. Türkei

Die Türkei hat im November 1984 bis zu einer Entscheidung über die Nachholung ihres Vorsitzes im Ministerkomitee ihre Teilnahme an den Ministerkomitee-Sitzungen auf Ministerebene eingestellt.

3. Politischer Meinungsaustausch

Im Rahmen ihres außenpolitischen Meinungsaustausches erörterten die Ministerbeauftragten unter

Hinzuziehung von Sachverständigen der Außenministerien am 21. Januar 1985 gemeinsam interessierende Fragen der Vereinten Nationen und am 26. März 1985 Fragen des Expertentreffens für Menschenrechte in Ottawa und der KVAE.

Das Komitee der Ministerbeauftragten beschloß Erklärungen zur Lage der irakischen Kriegsgefangenen im Iran (Dezember 1984), zur Unterstützung des Contadora-Prozesses (Februar 1985) und übersandte Glückwunschschaften zur Amtseinführung der Präsidenten von Uruguay und Brasilien (März 1985).

4. Kontakte zu außereuropäischen Staaten

Eine Delegation von Botschaftern der Arabischen Liga führte in Straßburg im Januar 1985 Gespräche mit dem Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung und mit Generalsekretär Oreja.

III. Aus der Tätigkeit des Europarats in seinen sonstigen Aufgabenbereichen

1. Menschenrechtsfragen

Am 22. November 1984 wurde das 7. Zusatzprotokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) (vgl. Drucksache 10/2093, S. 3) und am 19. März 1985 auch das 8. (Änderungs-)Protokoll zur EMRK zur Zeichnung aufgelegt. Die Bundesregierung hat beide Protokolle am 19. März 1985 gezeichnet und dabei zum 7. Zusatzprotokoll — ähnlich wie Frankreich und die Niederlande — eine Interpretationserklärung über den Anwendungsbereich abgegeben. Das 8. Protokoll enthält eine Reihe von Regelungen, die zur Beschleunigung der Beschwerdeverfahren beitragen sollen, darunter die Einführung eines sogenannten Dreier- oder Fünferausschusses, der den Richterausschüssen des Bundesverfassungsgerichts gemäß § 93a BVerfGG nachgebildet ist.

Am 19. und 20. März 1985 fand in Wien eine *Europäische Konferenz der für Menschenrechte zuständigen Minister* statt. Themen der Konferenz waren: Die Lage der Menschenrechte in der Welt, die Arbeitsweise der Organe der Europäischen Menschenrechtskonvention, die Rolle des Europarats bei der künftigen Verwirklichung der Menschenrechte und die Herausforderung der Menschenrechte durch die Entwicklung von Wissenschaft und Technologie. Hierzu wurden eine Erklärung und drei Entschlüsse verabschiedet.

2. Soziale Fragen und öffentliches Gesundheitswesen

Das Komitee der Ministerbeauftragten verabschiedete im September 1984 im Rahmen eines Teilabkommens — nicht alle Mitgliedstaaten sind beteiligt, jedoch die Bundesrepublik Deutschland — eine Entschluß über eine *kohärente Rehabilitationspolitik für Behinderte* (AP [84] 3), in der alle

bisherigen einschlägigen Instrumente des Europarats zusammengefaßt sind. Berücksichtigt sind Erkenntnisse aus dem Internationalen Jahr der Behinderten 1981 sowie seitdem entwickelte Zielsetzungen. Im Ergebnis liegt nun ein umfassendes Rehabilitationskonzept vor.

Das Komitee der Ministerbeauftragten verabschiedete ferner im Dezember 1984 eine Empfehlung über den *Beitrag der sozialen Sicherheit zu präventiven Maßnahmen* (R [84] 24), im Februar eine Empfehlung über den *rechtlichen Schutz gegen unterschiedliche Behandlung nach dem Geschlecht* (R [85] 2) und im März eine Empfehlung über *Gewalt in der Familie* (R [85] 4). Es beschloß im Dezember 1984, zu dem vom Lenkungsausschuß für soziale Angelegenheiten erarbeiteten *Entwurf eines Zusatzprotokolls zur Europäischen Sozialcharta*, mit dem vier neue Rechte formuliert werden sollten (vgl. Drucksache 10/2093, S. 4), die Stellungnahmen der europäischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen einzuholen. Es leitete den Endbericht einer Expertenkommission für die Stellung der Frau im politischen Entscheidungsprozeß an verschiedene Lenkungsausschüsse weiter mit der Aufforderung, die darin enthaltenen Empfehlungen in ihrem jeweiligen Aufgabenbereich zu berücksichtigen. Das Komitee der Ministerbeauftragten hat im März die Mitgliedstaaten aufgefordert, einen Bericht, der im Auftrag des Europarats über Lage und Schutz von behinderten Wanderarbeitnehmern erstellt wurde, bei der Konzipierung nationaler Maßnahmen zu berücksichtigen (vgl. Drucksache 10/2093, S. 4). Der *Lenkungsausschuß für soziale Angelegenheiten* hat im Berichtszeitraum u. a. die Einführung eines Europäischen Seniorenpasses und die ehrenamtliche Mitarbeit in der freien Wohlfahrtspflege beraten.

Im November 1984 befaßte sich ein *Seminar des Europarats über nachbarschaftliche Beziehungen* mit den Problemen, die sich aus dem Zusammenleben von einheimischer und ausländischer Bevölkerung ergeben.

Die Vorbereitungen für die geplante Ministerkonferenz zum Thema *Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern* 1986 in Straßburg wurde dem Ausschuß für die Gleichstellung von Mann und Frau übertragen.

Das *Komitee der Ministerbeauftragten* verabschiedete im Oktober 1984 eine Empfehlung über die *Verhütung von Krankheiten* (R [84] 20) und im März eine Empfehlung über ein *Modell-Curriculum für die Ausbildung von Bluttransfusionsspezialisten* (R [85] 5).

Ein *Ausschuß Hoher Beamter* schloß die Vorbereitungsarbeiten für die *2. Konferenz der europäischen Gesundheitsminister* (16. bis 18. April 1985 in Stockholm) ab. Die Konferenz soll einen Gesamtüberblick über die Lage der Psychiatrie in Europa ermöglichen. Schweden hat den Teilbericht Förderung der geistig-seelischen Gesundheit und Frankreich den Teilbericht Entwicklung einer Politik für eine gemeindenahе Versorgung übernommen.

Aus dem Bereich des *Teilabkommens für öffentliches Gesundheitswesen* haben die Ministerbeauftragten Entschlüsse über *Warnhinweise für bestimmte Arzneimittelgruppen* (AP [85] 1) und die *Verwendung von Raucharomen zur Herstellung von Lebensmitteln* (AP [85] 2) verabschiedet.

Die Herausgabe der zweiten Ausgabe des *Europäischen Arzneibuches* ist mit den Teilbänden 7 und 8 vorangeschritten. Die Revisionsarbeit an der ersten Ausgabe ist kurz vor der endgültigen Fertigstellung. Der Kreis der an dem Übereinkommen zur Ausarbeitung des Europäischen Arzneibuchs beteiligten Staaten erweiterte sich um Griechenland auf nunmehr 17 Mitgliedstaaten.

Am 1. Januar 1985 ist Portugal als 15. Mitgliedstaat des Europarats dem *Europäischen Teilabkommen zur Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Drogenmißbrauchs und illegalen Drogenhandels* (Pompidou-Gruppe) beigetreten. Expertentreffen beschäftigten sich im Berichtszeitraum mit folgenden Fragen: Aufspüren, Bekämpfung des Drogenhandels auf hoher See, Epidemiologie des Drogenmißbrauchs.

3. Kultur, Erziehung und Sport

Das *Komitee der Ministerbeauftragten* hat auf Anregung des Bundesministers des Auswärtigen eine Entschlieung zur Intensivierung der kulturellen Zusammenarbeit mit den mittel- und osteuropäischen Staaten vorbereitet, die den Ministern während des 76. Ministerkomitees vorgelegt werden soll.

Der *Rat für kulturelle Zusammenarbeit* (CDCC) nahm auf seiner 47. Sitzung (19. bis 22. Februar 1985) Empfehlungen zum *künstlerischen Schaffen, für die Menschenrechte im Schulunterricht* und zur *Erhaltung des Filmverbes* an und beriet u. a. über eine Entschlieung zum Thema Filmverleih in Europa.

Zur geplanten *Europäischen Historischen Ausstellung* (voraussichtlicher Ausstellungsbeginn 1988) wird erstmals im Oktober 1985 eine Arbeitsgruppe zusammentreten.

Das auf Expertenebene erarbeitete Verfahren zur Durchführung von Versuchsklassen für Kinder der Wanderarbeitnehmer wurde gebilligt. Eine *Konferenz für Musikerziehung* in Straßburg (September 1985) wurde vereinbart.

Vom 24. bis 26. Oktober 1984 fand in Rom eine *Konferenz über Fragen der Mobilität im europäischen Hochschulbereich* statt. Außerdem wurden Fragen der Hochschulbeziehungen zwischen den Staaten des Europarats und Lateinamerika behandelt.

Das Projekt 9 des CDCC (Maßnahmen der Erwachsenenbildung auf kommunaler Ebene) veranstaltet im Dezember 1984 in Straßburg ein Hearing über die weitere Entwicklung der Methode des *Cooperative Monitoring*. Vom 21. bis 25. Januar 1985 tagte in Straßburg eine Arbeitsgruppe zur Entwicklung von

Materialien für die örtliche Bildungsarbeit von Erwachsenen.

Die Parlamentarische Versammlung begrüßte auf ihrer Herbstsitzung die Ergebnisse der 4. *Europäischen Sportministerkonferenz* in Malta (Mai 1984) und würdigte den Beitrag der europäischen Sportminister zur Zusammenarbeit im Bereich des Sports als Modell für die europäische Zusammenarbeit auf anderen Gebieten des kulturellen Bereichs und unterstützte den Wunsch der Sportminister nach mehr Autonomie im Rahmen des Europarats.

Der *Lenkungsausschuß für die Entwicklung des Sports* bestätigte auf seiner Sitzung im März 1985 die Notwendigkeit eines zentralen europäischen Informationssystems auf dem Gebiet des Sports und befürwortete die Prüfung der Einrichtung eines gemeinsamen Ausschusses der Sportinformationsbeauftragten im Rahmen des Lenkungsausschusses. Er erörterte die Vorbereitungen zur 5. *Sportministerkonferenz* im Oktober 1986 in Dublin und beauftragte ein erweitertes Büro mit den Vorbereitungen. Der Lenkungsausschuß wird Anfang 1986 eine Konferenz über die künftigen Aufgaben und Beziehungen von Staat, Wirtschaft und Medien zum Sportbereich in den Niederlanden veranstalten.

4. Medien

Das *Komitee der Ministerbeauftragten* hat in Ergänzung der Empfehlung über Grundsätze der Fernsehwerbung im grenzüberschreitenden Rundfunk, insbesondere Satellitenrundfunk (R [84] 3), im Dezember 1984 eine weitere Empfehlung über die *Nutzung von Satelliten für Fernsehen und Hörfunk* (R [84] 22) verabschiedet. Diese Empfehlung enthält insbesondere allgemeine Grundsätze der Programmgestaltung und Programmverantwortlichkeit sowie des Rechts der Gegendarstellung, für deren Beachtung die Mitgliedstaaten Sorge tragen sollen. Das geltende deutsche Recht wird diesen Empfehlungen gerecht.

5. Jugendfragen

Zum Halbjahresbericht der Bundesregierung über die Tätigkeit des Europarats vom 1. April bis 30. September 1984 (Drucksache 10/2093) wird nachgetragen, daß der Europarat am 4. Mai 1984 anlässlich seines 35jährigen Bestehens eine *Jugendkonferenz* in Straßburg veranstaltete.

Das *Europäische Jugendzentrum* veranstaltete im Berichtszeitraum 20 Seminare zu Themen wie Jugendarbeitslosigkeit, die Situation ausländischer Studenten in Europa, West-Ost-Beziehungen, Rassismus und Xenophobie, Kultur der Jugend in der Freizeit. Es nahmen 71 Deutsche und insgesamt 815 europäische Jugendliche an diesen Veranstaltungen teil.

Es fanden zwei Symposien statt zu den Themen Menschenrechtskonvention und Wehrdienstverweigerung sowie über Fragen des Jugendaustauschs.

Zur Vorbereitung der europäischen Jugendwoche fand ein Ausbildungslehrgang für Jugendleiter statt.

Dem *Europäischen Jugendwerk* sind für 1985 rd. 8,4 Mio. FF (Anteil der Bundesrepublik Deutschland liegt bei rd. 1,5 Mio. FF) für die Förderung von Maßnahmen internationaler Jugendorganisationen von den Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellt worden.

Die Vorbereitungen für die geplante *Jugendministerkonferenz* (voraussichtlich Dezember 1985) wurden fortgesetzt.

6. Raumordnung und Städtebau

Die Vorbereitungen für die 7. *Europäische Raumordnungsministerkonferenz* (21. bis 23. Oktober 1985 in Den Haag) wurden fortgesetzt.

Das *Komitee der Ministerbeauftragten* hat im Januar 1985 eine Empfehlung über *ausgeglichene regionale Entwicklung* (R [85] 1) verabschiedet. Eine weitere Empfehlung zur Planung in europäischen Küstenregionen ist in Vorbereitung. Hierzu werden vom 7. bis 9. Mai 1985 in Cuxhaven in einem Europäischen Seminar über *Planung zum Schutz der europäischen Küstenregionen* Probleme des Wattenmeeres als Schwerpunktthema behandelt. Das Komitee der Ministerbeauftragten hat über die Abhaltung einer Europäischen Kampagne für den ländlichen Raum beraten und die Einsetzung einer Arbeitsgruppe zur vorbereitenden Planung beschlossen.

7. Kommunale und regionale Fragen

Vom 6. bis 8. November 1984 tagte in Rom die 6. *Europäische Kommunalministerkonferenz*. Sie befaßte sich im wesentlichen mit dem Entwurf einer Charta der kommunalen Selbstverwaltung, der vom Lenkungsausschuß für kommunale und regionale Angelegenheiten ausgearbeitet worden war und auf einen Vorschlag der Ständigen Konferenz der Gemeinden und Regionen Europas zurückgeht. Die Minister billigen einmütig die Prinzipien des Chartaentwurfs. Dabei trat die deutsche Seite nachdrücklich dafür ein, der Charta die völkerrechtlich verbindliche Form einer Europaratskonvention zu geben. Dieser Auffassung schloß sich die Mehrheit der anderen Delegationen an, während eine Minderheit sich für die Form einer Empfehlung aussprach. Die Entscheidung dieser Frage liegt nunmehr beim Ministerkomitee.

Vom 16. bis 18. Oktober 1984 fand in Straßburg die XIX. *Tagung der Ständigen Konferenz der Gemeinden und Regionen Europas* statt. Sie faßte eine Reihe von Entschlüssen, von denen die über Maßnahmen zur Verhinderung des Waldsterbens besonders hervorzuheben ist.

An 18 deutsche Gemeinden und Städte wurde im März 1985 die Europafahne verliehen.

8. Rechtsfragen

Am 14. Juni 1985 wird in Edinburgh eine *informelle Konferenz der Justizminister* zu den Themen Menschliche Befruchtung und Embryologie und Methoden und Ergebnisse der Verbrechensverhütung stattfinden. Das Komitee der Ministerbeauftragten hat Empfehlungen im November 1984 über die *Erwerbung der Nationalität des Gastlandes durch Flüchtlinge* (R [84] 21), im Dezember 1984 zur *Harmonisierung der nationalen Gesetzgebung für Schußwaffen* (R [84] 21) und im März 1985 über die *Rechtspflichten der Ärzte gegenüber ihren Patienten* (R [85] 3) verabschiedet. Es hat ferner im Januar 1985 das *Europäische Übereinkommen über strafbare Handlungen gegen Kulturgut* verabschiedet, mit dem die internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Straftaten gegen Kulturgüter (einschließlich deren Rückgabe) verbessert werden soll. Ein Beschluß über die Auflegung zur Zeichnung wurde bisher nicht gefaßt.

Der *Lenkungsausschuß für rechtliche Zusammenarbeit* vertagte seine Beratungen über einen *Übereinkommensentwurf zum Eigentumsvorbehalt* bis zum Dezember 1985, um die innerstaatlichen Erörterungen zur Insolvenzrechtsreform abzuwarten.

Die Ad-hoc-Arbeitsgruppe leitender Beamter, die nach dem Beschluß der XIV. Konferenz der Europäischen Justizminister vom 29. bis 31. Mai 1984 in Madrid eine Bestandsaufnahme der internationalen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des *Terrorismus* und Vorschläge zur Verbesserung der Zusammenarbeit erarbeiten soll, hat ihre Arbeit aufgenommen.

Im Bereich des *Tierschutzes* hat der *Ständige Ausschuß nach Artikel 8 des Europäischen Übereinkommens zum Schutz von Tieren in landwirtschaftlichen Tierhaltungen* die Arbeiten an dem Entwurf einer Empfehlung über Anforderungen, die bei der Schweinehaltung zu beachten sind, fortgesetzt.

Eine Arbeitsgruppe des *Ad-hoc-Sachverständigen-Ausschusses für den Tierschutz* befaßt sich z. Z. mit dem Schutz von Heimtieren. Hierbei sind u. a. Regelungen für das Züchten, Halten und den Handel mit Heimtieren vorgesehen. Der Ausschuß hat sich dafür ausgesprochen, daß die künftigen Bestimmungen des Europarats über den Schutz von Heimtieren die Rechtsform eines Übereinkommens erhalten sollen.

Westeuropäische Union
Halbjahresbericht der Bundesregierung
für die Zeit vom 1. Oktober 1984 bis 31. März 1985

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Allgemeines	7
II. Politische Fragen	7
III. Haushaltsfragen	9
IV. Rüstungskontrollamt	9
V. Ständiger Rüstungsausschuß	9

I. Allgemeines

Der *Berichtszeitraum* fällt insgesamt in die Dauer der deutschen Präsidentschaft im Rat der WEU (1. Juli 1984 bis 30. Juni 1985). *Herausragende Ereignisse* waren die Sitzung des Rats am 26./27. Oktober 1984 in Rom unter Vorsitz von Bundesminister Genscher (erstmalig in der Zusammensetzung der Außen- und der Verteidigungsminister aller WEU-Länder) sowie die Sondersitzung der Versammlung am 29. Oktober 1984 in Rom. Beide Veranstaltungen fanden aus Anlaß des 30. Jahrestages der Unterzeichnung des modifizierten Brüsseler Vertrages statt. Die Versammlung trat außerdem zum zweiten Teil ihrer 30. Sitzungsperiode vom 3. bis 6. Dezember 1984 in Paris zusammen. Im Deutschen Bundestag fand am 8. November 1984 im Anschluß an eine Erklärung von Bundesminister Genscher über die Tagung der Westeuropäischen Union in Rom eine allgemeine Aussprache statt (vgl. Plenarprotokoll der 98. Sitzung des Deutschen Bundestages).

II. Politische Fragen

1. Bei der Sitzung des Ministerrats erstmals in der Zusammensetzung der Außen- und der Verteidigungsminister am 26./27. Oktober 1984 in Rom unter Vorsitz von Bundesminister Genscher bestätigen die Mitgliedstaaten der WEU, daß die verstärkte Zusammenarbeit innerhalb der Westeuropäischen Union zur Aufrechterhaltung einer angemessenen militärischen Stärke und politischen Solidarität im Rahmen der Atlantischen Allianz und auf dieser Grundlage zu stabileren Beziehungen zwischen Ost und West durch die Förderung von Dialog und Zusammenarbeit beitragen soll.

Die von den Ministern verabschiedeten Dokumente, nämlich die „Erklärung von Rom“ und das Dokument zur „Institutionellen Reform der WEU“ bilden die Grundlage für die künftige enge sicherheits- und verteidigungspolitische Zusammenarbeit der sieben Mitgliedstaaten.

2. Die Außen- und die Verteidigungsminister kamen in Rom überein, eine Harmonisierung ih-

rer Auffassungen zu allen wichtigen sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen anzustreben, in denen sich eine gemeinsame europäische Haltung im Bündnis empfiehlt. Es sind dies insbesondere

- Verteidigungsfragen,
- Rüstungskontrolle und Abrüstung,
- Auswirkungen von Entwicklungen in den Ost-West-Beziehungen auf die Sicherheit Europas,
- Europas Beitrag zur Stärkung des Atlantischen Bündnisses unter Berücksichtigung der Bedeutung der transatlantischen Beziehungen,
- die Entwicklung der europäischen Zusammenarbeit im Rüstungsbereich, in dem die Westeuropäische Union einen wichtigen Impuls geben kann.

Die Westeuropäische Union kann sich ebenfalls mit den Auswirkungen von Krisen in anderen Regionen der Welt auf Europa befassen.

3. Die Minister vertraten ferner die Auffassung, daß zur Verwirklichung dieser Ziele die Organe der Westeuropäischen Union den neuen Aufgaben angepaßt werden müssen. Sie beschlossen, daß der Ministerrat künftig zweimal im Jahr auf Ministerebene zusammentreten soll. An diesen regelmäßigen Sitzungen werden künftig die Außen- und die Verteidigungsminister teilnehmen; getrennte Sitzungen der Außen- und/oder der Verteidigungsminister können zusätzlich abgehalten werden.
4. In Anbetracht dessen, daß die dem Amt für Rüstungskontrolle ursprünglich zugewiesenen Kontrollaufgaben jetzt größtenteils überflüssig geworden sind, beschlossen die Minister, die verbliebenen Mengenkontrollen konventioneller Waffen ab 1. Januar 1985 beträchtlich zu verringern und ab 1. Januar 1986 völlig aufzuheben. Im Anschluß an diese Entscheidung der Minister faßte der Ständige Rat einen entsprechenden Durchführungsbeschluß.

5. Die Minister wiesen den Ständigen Rat an, die genauen Modalitäten einer umfassenden Reorganisation festzulegen, die das Amt für Rüstungskontrolle, das Internationale Sekretariat des Ständigen Rüstungsausschusses und den Ständigen Rüstungsausschuß betrifft. Diese Gremien sollen so strukturiert werden, daß sie künftig folgende Aufgaben übernehmen können:
 - Untersuchung von Fragen der Rüstungskontrolle und Abrüstung bei gleichzeitiger Wahrnehmung der verbliebenen Kontrollaufgaben,
 - Erstellen von Studien über Sicherheits- und Verteidigungsfragen,
 - aktiver Beitrag zur Entwicklung der europäischen Zusammenarbeit im Rüstungsreich.
6. Der Ministerrat beauftragte den *Ständigen Rat* ferner, für die nächste Sitzung des Minister rats, die am 22./23. April 1985 in Bonn stattfinden wird, Berichte vorzulegen
 - zur Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit der WEU,
 - zur Prüfung, wie für die Arbeit des Minister rats die Erfahrung militärischer Experten genutzt werden kann,
 - und schließlich zur Behandlung des portugiesischen Antrags auf Beitritt zur Westeuropäischen Union, der kurz vor Beginn der Tagung in Rom gestellt wurde.

Ferner baten die Minister das Generalsekretariat, in einem Bericht zu prüfen, welche Maßnahmen zur Verstärkung seiner Tätigkeit notwendig sein könnten.
7. Der Ständige Rat befaßte sich im Berichtszeitraum mit den in den Ziffern 5 und 6 aufgeführten Aufträgen der Minister und wird dem Ministerrat im April 1985 zusammen mit dem Generalsekretariat entsprechende Berichte vorlegen.
8. Der Ständige Rat beantwortete im Berichtszeitraum die Empfehlungen 403 bis 410 sowie die schriftliche Frage 250 der Versammlung. Ihm liegen derzeit die Empfehlungen 411 bis 415 der Versammlung sowie die schriftlichen Fragen 249 bis 256 zur Beantwortung vor, darunter die schriftliche Frage 251 des deutschen Abgeordneten Lenzner zum Stand verschiedener Rüstungskooperationsprojekte. Bereits beantwortet wurde Empfehlung 416, die sich mit den grundlegenden Beschlüssen von Rom befaßt.

Die *Arbeitsgruppe* des Ständigen Rats stimmte in ihren regelmäßigen Sitzungen die Antworten des Rats auf die Empfehlungen und schriftlichen Fragen der Versammlung ab. Die Arbeitsgruppe prüfte außerdem grundsätzlich, wie das Verfahren zur Beantwortung der Empfehlungen und schriftlichen Fragen der Versammlung verbessert werden kann.
9. Die *Versammlung* trat am 29. Oktober 1984, ebenfalls anlässlich des 30. Jahrestags der Unterzeichnung des modifizierten Brüsseler Vertrages, in Rom zu einer *Sondersitzung* zusammen. Als Vorsitzender des Ministerrats erläuterte Bundesminister Genscher der Versammlung die Beschlüsse der Minister vom 26./27. Oktober. Diese hatten u. a. hervorgehoben, daß die Versammlung als das einzige vertraglich mit der Behandlung von Verteidigungsangelegenheiten beauftragte europäische parlamentarische Gremium dazu aufgerufen ist, eine größere Rolle zu spielen. Die Aussprache in der Versammlung machte deutlich, daß diese einen aktiven Beitrag zur verstärkten sicherheits- und verteidigungspolitischen Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten der Westeuropäischen Union leisten wird.

Überlegungen zur stärkeren Nutzung der WEU standen neben allgemeinen Fragen der Sicherheit und Verteidigung sowie der Abrüstung und Rüstungskontrolle auch im Vordergrund der Beratungen beim *zweiten Teil der 30. Ordentlichen Sitzungsperiode* der Versammlung vom 3. bis 6. Dezember 1984 in Paris. Als Vertreter des Ministerrats sprachen dessen Vorsitzender Bundesminister Genscher, der französische Außenminister Cheysson, der italienische Verteidigungsminister Spadolini sowie der Staatsminister im britischen Außenministerium, Luce.

Die Versammlung verabschiedete auf der Grundlage entsprechender Ausschußberichte folgende *Empfehlungen* an den Rat:

 - Nr. 411: Abschreckung und der Wille des Volkes
 - Nr. 412: Konsequenzen des Golfkrieges
 - Nr. 413: Die militärische Nutzung des Welt raums (Teil II)
 - Nr. 414: Die Zusammenarbeit zwischen den USA und Europa auf dem Gebiet der Spitzentechnologie
 - Nr. 415: Rüstungskontrolle und Abrüstung
 - Nr. 416: WEU, Europäische Union und das Atlantische Bündnis.

Der Versammlung lag auch ein Informationsbericht des „Ausschusses für die Beziehungen zu den (nationalen) Parlamenten“ des deutschen Abgeordneten Dr. Hackel (Berichterstat ter) vor zu dem Thema „Parlamentarische Maßnahmen auf der Grundlage von Empfehlungen der WEU-Versammlung betr. europäische Zusammenarbeit im Bereich der Weltraumtechnologie“.

Auf die ausführliche Unterrichtung über den zweiten Teil der 30. Ordentlichen Sitzungsperiode der Versammlung durch die deutsche Delegation (s. BT-Drucksache 10/2694 vom 3. Januar 1985) wird verwiesen.
10. Zur Verbesserung des *Dialogs* und der Zusammenarbeit *zwischen* den beiden wichtigsten Organen der WEU, dem Ministerrat und der Ver-

sammlung, wurden eine Reihe von Initiativen ergriffen. Bundesminister Genscher als Vorsitzender des Ministerrats unterrichtete nach der Sitzung am 26./27. Oktober in Rom den Präsidialausschuß der Versammlung unmittelbar nach Abschluß der Beratungen über die wichtigsten Ergebnisse. Darüber hinaus empfing er das Präsidium der WEU-Versammlung zu informellen Gesprächen auf Schloß Gymnich am 9. Oktober 1984 im Rahmen der Vorbereitungen der Sitzung des Ministerrats sowie am 19. November 1984 im Rahmen der Vorbereitungen der Sitzungen der Versammlung im Dezember 1984. Diese Begegnungen unterstreichen, welchen Stellenwert Ministerrat und Präsidentschaft der Rolle der Versammlung bei der Belegung der WEU beimessen.

Als Vorsitzender des Ministerrats sprach Bundesminister Genscher außerdem vor der Versammlung am 29. Oktober 1984 in Rom sowie am 5. Dezember 1984 in Paris.

Die Versammlung richtete im Februar 1985 zur weiteren Intensivierung der Kontakte zwischen Ministerrat und Versammlung einen „Ausschuß für die Beziehungen zum Rat“ unter Vorsitz des Präsidenten ein.

11. Die 1984 getroffene Entscheidung, die WEU künftig stärker zu nutzen, zeigte im Berichtszeitraum bereits positive Wirkungen: Portugal übermittelte durch Schreiben seines Außenministers Mitte Oktober 1984 den Wunsch, in der WEU durch einen möglichen Beitritt eine aktive Rolle zu spielen. Der spanische Ministerpräsident führte in seiner Regierungserklärung zur Lage der Nation Ende Oktober 1984 aus, eine Beteiligung Spaniens in der WEU sei wünschenswert; allerdings gelte es, zunächst die Fortentwicklung des EG-Beitritts abzuwarten.

III. Haushaltsfragen

Im Berichtszeitraum wurde der Haushalt für die *ministeriellen Organe der WEU* (abschließend) sowie der Haushalt für die *WEU-Versammlung* je-

weils für das Jahr 1985 vom Ständigen Rat behandelt. Dieser folgte dabei der Stellungnahme des *Haushalts- und Organisationsausschusses* vom Oktober 1984 sowie vom Januar/Februar 1985. Beide Haushalte tragen in der gegenwärtigen Phase der Restrukturierung der WEU deutlichen Übergangscharakter. Einzelne frei gewordene Stellen wurden vorerst nicht besetzt, da die künftig auf diesen Stellen erforderlichen Qualifikationen noch nicht näher zu umschreiben waren. Für den Haushalt der ministeriellen Organe war ein reales Nullwachstum durchsetzbar, was im übrigen der weiterhin angespannten Haushaltslage in den meisten Mitgliedstaaten entgegenkam. Der Haushalt der WEU-Versammlung ist noch nicht abschließend beraten.

IV. Amt für Rüstungskontrolle (RKA)

Das Rüstungskontrollamt setzte im Berichtszeitraum die Mengenkontrollen der von den Vertragspartnern auf dem europäischen Festland gehaltenen Waffenbestände, ab 1. Januar 1985 im konventionellen Bereich reduziert um einige Waffengattungen, sowie die Nichtherstellungskontrollen in der Bundesrepublik Deutschland fort.

Der Direktor des RKA berichtete im Ständigen Rat über die Kontrolltätigkeit des RKA. Er wurde außerdem gemäß dem in Rom verabschiedeten Dokument zur „Institutionellen Reform der WEU“ zu den Überlegungen betreffend eine umfassende Reorganisation des RKA und des Ständigen Rüstungsausschusses (vgl. Ziffer II 5.) gehört.

V. Ständiger Rüstungsausschuß (SRA)

Der Ständige Rüstungsausschuß setzte im Berichtszeitraum seine Arbeit an der Wirtschaftsstudie fort und begann mit Arbeiten an der Japan-Studie. Der Leiter des Internationalen Sekretariats des Ständigen Rüstungsausschusses wurde zu den genauen Modalitäten der im vorstehenden Absatz erwähnten Reorganisation gehört.

